Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 240. Montag den 27. August 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 28. d. M., soll die weitere Asphaltirung

des Barfußgäßchens

in Angriff genommen werden.

Demzufolge wird dasselbe von dem angegebenen Tage an bis zur Vollendung der Arbeiten für den **gesammten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 24. August 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.

IX. 6753. Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

2 erledigte Schutzmannsstellen mit je 1000 ℳ jährlichem Gehalt (incl. Bekleidungsgeld) sind hier alsbald zu besetzen.

Selbstgeschriebene Gesuche von Zeugnissen sind bis längstens zum **10. September dieses Jahres** hier einzureichen.

Reudnitz, am 25. August 1888.

Der Gemeinderath.
Gröbel. Bsch.

Erledigt

hat sich der unterm 10. August 1888 erlassene Aufruf, den am 26. Juli 1844 zu Breitenbrunn geborenen Hutmacher

Christian Richard Kunz

betreffend.

Reudnitz, den 24. August 1888.

Der Gemeindevorstand.
Größel.

Bekanntmachung.

Die Großherzogl. Haupt- und Residenzstadt **Weimar,** deren Finanzlage und Steuerverhältnisse recht günstige sind, beabsichtigt nach bereits dazu eingeholter Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörden zur **Rückzahlung** der noch mit 4 Proc. verzinsten Stadtanleihen aus den Jahren 1880 und 1882 im Gesammtbetrage von noch 967 600 ℳ, sowie zur Friedhofserweiterung, zur Erbauung von Einquartierungsbaracken, zur Herstellung neuer Straßen, Canäle, Trottoirs, Pflasterungen, Areallankauf u. s. w. eine **Anleihe** im Betrage von:

1 500 000 Mark

durch Ausgabe von Stadtschuld-Obligationen in Stücken über 1000, 500 und 200 ℳ, welche mit 3½ Proc. zu verzinsen und mit 1 Proc. und den zuwachsenden Zinsen durch alljährlich einmal stattfindende Auslosung zu tilgen sind, aufzunehmen und die gesammten Obligationen im Submissionswege an ein leistungsfähiges Bankhaus unter folgenden Bedingungen zu verkaufen:

1) Das Bankhaus, welches den Zuschlag erhält, hat die **ganze Anleihe** für einen bestimmten, von ihm anzugebenden Preis käuflich zu übernehmen und den Theil der Anleihe, welchen die Stadt nicht bei ihm stehen läßt, baar an die Stadtkämmereicasse bei Aushändigung der Obligationen zu bezahlen, die Kaufgelder aber, die die Stadt bei ihm stehen lassen will, bis Ende des Jahres 1889, von wo an wegen der Verzinsung u. s. w. weitere Vereinbarung vorbehalten bleibt, mit 3 Proc. zu verzinsen und zur Sicherung dieser Forderung der Stadtgemeinde eine Caution in der vom Gemeinderathe zu bestimmenden Höhe durch Deponirung sicherer Werthpapiere zu bestellen. Dem betreffenden Bankhaus bleibt es überlassen, die Inhaber der aufgekündigten 4procentigen Obligationen zum Umtausch dieser gegen die neuen 3½procentigen zu bewegen, wobei bemerkt wird, daß alsdann nach erfolztem Zuschlag die zurückzuzahlenden 4procentigen Obligationen für 1. April 1889 seitens der Stadt gekündigt und bis dahin mit 4 Procent verzinst werden.

2) Die Kosten für Stempel und Anfertigung der neuen Obligationen trägt die Stadtgemeinde Weimar.

Denjenigen Inhabern 4procentiger Obligationen, welche in den Umtausch derselben gegen 3½procentige willigen, vergütet dagegen die Stadt 4 Proc. Zinsen bis 1. Juli 1889.

3) Die Angebote sind in verschlossenen mit entsprechender Aufschrift versehenen Couverts bis zum

Sonnabend, den 8. September d. J.,
Mittags 12 Uhr,

bei dem unterzeichneten Gemeindevorstande einzureichen; **später eingehende Offerten werden nicht berücksichtigt.**

4) Jeder Bieter bleibt bis zum 22. September d. J. an sein Gebot gebunden.

5) Der Preis, für welchen der Bieter die Anleihe käuflich übernehmen will, ist ganz bestimmt und klar nebst den etwaigen von ihm noch gestellten Bedingungen in dem Angebote anzugeben.

6) Die Auswahl unter den Bietern und die Ertheilung des Zuschlags wird dem Gemeinderathe hier vorbehalten.

Alle auf die Uebernahme der Anleihe Reflectirenden werden um rechtzeitige Einreichung ihrer Angebote ersucht und **werden die Offerten am**

Sonnabend, den 8. September d. J.,
Mittags 12 Uhr,
im Rathhaus hier, 1 Treppe hoch,

in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter eröffnet werden.

Weimar, den 24. August 1888.

Der Gemeindevorstand.
Pabst.

Bekanntmachung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Wilhelm Meier** zu Klostermansfeld ist am 24. August 1888, Mittags 12½ Uhr das Concursverfahren eröffnet.

Verwalter: Postverwalter a. D. Otto Fritsch zu Mansfeld.
Offener Arrest und Anzeigepflicht bis zum 1. October 1888.
Anmeldefrist bis zum 1. October 1888.
Erste Gläubigerversammlung am 19. September 1888, Vormittags 9½ Uhr.
Allgemeiner Prüfungstermin am 12. October 1888, Vormittags 9½ Uhr.

Die frühere Firma Gebr. Meier ist auf den Kaufmann Wilhelm Meier übergegangen.

Mansfeld, den 24. August 1888.

Schermer,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 27. August.

* Der Feldmarschall Graf Moltke wird vorläufig auf seinem Gute Creisau in Schlesien verbleiben. Es ist möglich, daß er zu den Herbstmanövern des Garde-Corps in Berlin eintrifft; sonst dürfte sich seine Reise nach Berlin bis zum Zusammentritt der Landesvertheidigungs-Commission verzögern. Bei der Regelmäßigkeit, mit welcher Graf Moltke bisher seinen parlamentarischen Obliegenheiten als Mitglied des Reichstages und des preußischen Herrenhauses nachgekommen ist, will man annehmen, daß der Feldmarschall auch ferner im Reichstage und im Herrenhause nicht fehlen wird.

* Das bekannte Richter'sche „Reptil", die „Freisinnige Zeitung", hat sich darüber beschwert, daß „allerlei Demagogen" jetzt nachrechnen, wo in freisinnigen Versammlungen ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht wird und wo nicht. „Wir hatten es aber nur unpassend gefunden (schreibt die „Nationalliberale Correspondenz"), daß die Versammlung am vorigen Montag sich anfangs zum ehrenden Gedächtniß an Kaiser Friedrich erhob und zum Schluß Herrn Richter hochleben ließ. Auf die Gefahr hin, neuerdings der Angeberei beschuldigt zu werden, nehmen wir aus der Rede, die Herr Munckel am Freitag in einer Versammlung im 6. Berliner Wahlkreis gehalten hat, folgenden Satz heraus: „Wir stehen auf dem Boden der Regierung der 99 Tage; wir wissen, daß so groß, so hehr, so edel wie Friedrich III., kein Fürst gewesen, noch sein wird (langanhaltende begeisterte Zustimmung und Händeklatschen)." Die Geschichte der edlen, großen Männer Deutschlands im 19. Jahrhundert erst mit Friedrich III. zu beginnen, erscheint uns aber doch als ein so einseitiges und — undankbares Verfahren, daß hier die „langanhaltende begeisterte Zustimmung" und das „Händeklatschen" zu bedenklichen Vermuthungen über die historische Begriffsverwirrung führt, die der Freisinn mit seinem Byzantinismus in den 99 Tagen angerichtet hat."

* Am 25. d. M. wurde amtlich gemeldet, daß zwischen der preußischen Regierung und dem Senat von Lübeck wegen gegenseitiger Anerkennung der in Preußen und in Lübeck ausgestellten Zeugnisse für Volksschullehrer und Lehrer an Mittelschulen, sowie wegen Zulassung der Inhaber solcher Zeugnisse zum Schuldienst im Gebiete des anderen Staates ein Vertrag geschlossen sei. Wie wir erfahren, ist neuerdings zwischen den beiden genannten Regierungen auch eine Vereinbarung getroffen worden, wonach das bereits früher geschlossene Uebereinkommen wegen gegenseitiger Anerkennung der Befähigungszeugnisse für Lehrerinnen und Schulvorsteherinnen auf die bei der staatlichen Lübecker Lehrerbildungsanstalt seit Anfang dieses Jahres eingerichteten Entlassungsprüfungen ausgedehnt worden ist. In einem an sämmtliche Regierungen und Provinzialschulcollegien gerichteten Erlaß hat der preußische Cultusminister bestimmt, daß die in diesen Entlassungsprüfungen erlangten Befähigungszeugnisse als Volksschullehrerinnen für das Königreich Preußen als giltig anerkannt und deren Inhaberinnen zum Schuldienst im preußischen Staatsgebiet zugelassen werden. Der Minister bemerkt dazu ausdrücklich, daß in diesen Entlassungsprüfungen die Lehrbefähigung auch für den Turnunterricht und für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten erworben werden kann.

* * *

* Aus Sofia, 22. August wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben: Im Innern Bulgariens sieht es augenblicklich recht trübe aus. Räuber überall und sogar schon vor und in der Hauptstadt des Fürsten. Wir können uns aus Sofia keine zwei Kilometer weit entfernen, ohne starke militairische Bedeckung. Selbst diese nützt zuweilen nichts, denn man schleppte sie vor einigen Tagen mit einem macedonischen Opfer in die Berge. Auf einen Bierbrauereibesitzer bei Sofia, Namens Triskowitsch, wurde eine reine Hetzjagd unternommen. Triskowitsch entkam aber und machte sich sofort nach „Europa" auf, um sicherer leben zu können. Wie weit die Frechheit der noch nie so stark aufgetretenen Briganten geht, beweist der Umstand, daß sie selbst nicht scheuten in das Militairlager einzudringen und von dort sechs Pferde sowie zwei Wagen mit Proviant mitzunehmen. In Sofia sowie dessen Umgebung wurden in den letzten Tagen Verhaftungen unter dem Verdacht der Theilnahme vorgenommen. Gehetzen wird damit keineswegs, denn der Grund der sich immer mehr ausbreitenden Brigandage liegt in der Verarmung der Landbevölkerung, welche durch harten Steuerdruck gezwungen wurde, ihr Letztes zu verkaufen."

* Wie aus Konstantinopel geschrieben wird, stoßen alle Versuche, den etwaigen Austritt der Herren Hobe Pascha, Kamphövener Pascha und Nistow Pascha auf das politische Gebiet hinüberzuspielen, sowohl in türkischen wie in deutschen Kreisen Konstantinopels auf bestimmte Zurückweisung. Die deutsche Botschaft legt in der von ihr als Privatsache angesehenen und behandelten Affaire unbedingte Zurückhaltung an den Tag. Ebenso treten die genannten Functionaire jeder Auffassung entgegen, welche aus ihrer Angelegenheit mehr als eine Privatsache machen will. Es gilt im Uebrigen für keineswegs ausgeschlossen, daß die Sache schließlich eine Erledigung finde, welche den genannten Functionairen ihr Verbleiben im türkischen Dienste ermöglicht, oder daß dieselben — im gegentheiligen Falle — durch andere deutsche Officiere ersetzt werden.

* Die seinerzeit verschobene Rundreise des Reichstagsabgeordneten Liebknecht in der Schweiz scheint jetzt nachgeholt werden zu wollen. In der „Arbeiterstimme", dem von Conzett, dem Führer der schweizerischen sozialdemokratischen Arbeiter, herausgegebenen Wochenblatte, liest man im Inseratentheil für Sonntag, 26. August, die Einladung zu einem „Volksfest auf der Bürgliterrasse, veranstaltet von den deutschen Socialisten, bestehend in Concert, Spielen für Kinder mit Prämien und gemüthlicher Tanzunterhaltung. Anfang 3 Uhr. Eintritt 30 Rappen. Vortrag von Herrn W. Liebknecht über das Wesen und die Ziele des Socialismus. Der Vortrag beginnt 5½ Uhr im Saale." Bemerkenswerth erscheint, daß keines der Züricher Blätter, auch der sonst über diese Vorkommnisse bestunterrichtete „Landbote von Winterthur" nicht, etwas berichtet. Der in Hottingen gedruckte „Socialdemokrat" wird den Gegenstand weil des Näheren behandeln. Die schweizerische Bevölkerung als Ganzes steht diesen Vorgängen wie bisher auch hier fremd gegenüber.

* Die republikanischen Gegner des Herrn Boulanger im Wahlkampf hatten diesen Repräsentanten der plebiscitären Bewegung dadurch ins Gedränge gebracht, daß sie ihn vor den Wählern als die Verkörperung des Kriegsgedankens herabsetzten. Herr Boulanger hat dann, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gestern constatirte, „hinreichende Versprechungen gegeben, daß auch ihm, im Interesse Frankreichs, die Aufrechterhaltung des Friedens am Herzen liege". Dieser Wettstreit von Versicherungen legt ein gutes Zeugniß dafür ab, daß die große Masse der Wähler doch nur den friedlichen Dispositionen zugänglich ist. Der erwähnte Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", welcher zunächst Herrn Boulanger beim Wort nimmt, könnte immerhin die gute Folge haben, daß die Parteien auch nach der Wahl die Grundstimmung des Landes im Gedächtniß behalten. Vielleicht hält er auch einige hitzige Gemüther im Osten einigermaßen ab. Jedenfalls setzt er denjenigen vor Europa doppelt ins Unrecht, der Frankreich in kriegerische Abenteuer stürzen will, während er die Friedensliebe auf den Lippen trägt. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" richtet sich übrigens in einer zweiten Auslassung gegen die französischen Zustände. Das gouvernementale Blatt schreibt:

In der französischen Presse circuliren jetzt Berichte über die Mission Munir Paschas am Berliner Hofe, wie sie eben nur so leichtgläubigen, bezüglich der anderen Völker und ihrer Politik unwissenden Lesern, wie es die französischen sind, vorgesetzt werden können. — So verbreitet „Havas", der Sultan beabsichtige, da Munir Paschas Mission gescheitert sei, sein Ministerium zu ändern, und so läßt sich der „Temps", ein in manchen Fragen verständiges Blatt, aus Berna schreiben, Graf Bismarck habe sich der türkischen Gesandten gegenüber im höchsten Grade enthusiasmirend ausgesprochen und ihm gesagt, die Türkei erscheine als ein gänzlich verkommenes Land, für dessen fernere Schicksale Deutschland sich nicht mehr interessiren könne; es stehe auch der Massauah-Frage theilnahmslos gegenüber und lasse Italien freie Hand, zum Schaden der Türkei, zu thun und zu lassen, was ihm gefiele, ohne den Rechtspunkt in Betracht zu ziehen.

Den Franzosen würden derartige Auseinandersetzungen zwischen deutschen und türkischen Staatsmännern sicherlich angenehm sein; aber der Wunsch, Mißtrauen zwischen Berlin und Konstantinopel zu erregen, ist in dem vorliegenden Falle der Vater übleichter Gedanken gewesen. Die französischen Blätter sollten an die deutsche Politik doch nicht dasselbe Maß anlegen, wie an die ihrer eigenen Staatsmänner der „Revanche"; so ungeschickte und so gewissenlose Führer der öffentlichen Meinung könnten sich bei uns nicht lange halten, und wenn ihre plumpen Erfindungen auch französische Leser täuschen mögen, im Auslande dienen dieselben nur dazu, die gute Meinung, die man früher von der Intelligenz der Franzosen hatte, herabzumindern.

* Die „Straßburger Post" schreibt zur Lage Emin Pascha's:

Nachdem von der „Freisinnigen Zeitung" und nach deren Vorgang auch von anderen Blättern nun einmal der Schleier von dem Unternehmen für Entsatz Emin Pascha's gehoben ist, glauben wir in Folgendem eine authentische Darstellung der Sache geben zu sollen, um den vielfachen falschen Gerüchten, die darüber im Umlauf sind, von vornherein die Spitze abzubrechen. In der Vorstandssitzung der deutschen Colonialgesellschaft vom 14. April d. J. brachte der Vertreter der Ansiedlung Nürnberg die gefährdete Lage Emin Pascha's zur Sprache, legte dar, wie nicht mehr daran zu zweifeln sei, daß die Entsatzexpedition Stanleys ihr Ziel verfehlt habe, und bezeichnete es als eine deutsche Aufgabe, daß dem deutschen Manne, der die Herrschaft über das ihm anvertraute Gebiet unter den größten Schwierigkeiten mit bewunderungswürdiger Thatkraft und Ausdauer aufrecht erhält, nunmehr von seinem eigenen Vaterlande Hülfe zugeführt werde. Er kennzeichnete zugleich die Vortheile, die ein solches Unternehmen der deutschen Colonisation in Afrika durch Anknüpfung von Handelsverbindungen in Aussicht stelle. In Verfolg dieses Antrages faßte der Ausschuß der Gesellschaft folgenden Beschluß: „Der Vorstand der Deutschen Colonialgesellschaft erklärt es für ein im nationalen Interesse wünschenswerthes Unternehmen, durch Beschickung deutscher Stationen im deutsch-ostafrikanischen Interessengebiete nach dem Uferwesse und weiter über den Albert Nyanza eine Verbindung mit Emin Pascha in Wadelai herzustellen und ist bereit, eine zu solchem Zwecke sich bildende Gesellschaft nach Möglichkeit zu unterstützen." Die Kosten des Unternehmens, einschließlich der Anlage deutscher Stationen, sind nach dem Urtheil Sachverständiger auf 600 000 Mark veranschlagt. Ein beträchtlicher Theil dieser Summe ist bereits durch Zusagen patriotischer Freunde der deutschen Colonialpolitik gedeckt. Ferner werden von der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft und von der Deutsch-ostafrikanischen Plantagengesellschaft erhebliche Beiträge erwartet, da deren Interessen ja unmittelbar durch das Unternehmen berührt werden. Trotzdem bleiben noch große Summen aufzubringen. Der Ausschuß der Colonialgesellschaft hat es nicht für angezeigt gehalten, einen öffentlichen Aufruf zu erlassen, da an die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes in diesem Jahre schon so überaus große Anforderungen haben gestellt werden müssen. Deshalb hat sich der Ausschuß vorerst an die Mitglieder der Gesellschaft mit der Bitte gewandt, daß sie auch ihrerseits zum Gelingen des allgemein-nationalen wie insbesondere für die colonialpolitischen Interessen Deutschlands höchst bedeutungsvollen Unternehmens mitwirken möchten. In der am 11. September in Wiesbaden stattfindenden öffentlichen Vorstandssitzung der Colonialgesellschaft wird die „Emininfrage" noch einmal zur Besprechung kommen und sich dann auch der Emin Pascha-Ausschuß endgiltig bilden.

* Mit dem Verlauf der Dinge in Südafrika hat die englische Politik, soweit der jüngste Aufstandsversuch der Kaffern unter Dinizulu in Frage kommt, alle Ursache, zufrieden zu sein, nicht nur, weil das Unternehmen selbst fehlgeschlagen ist, sondern weil die telegraphisch gemeldete Auslieferung des zu den Boeren geflüchteten Zulukäuptlings seitens jener darthut, daß den Boeren mehr an der Aufrechthaltung leidlicher Beziehungen zu den englischen Behörden, als an einem Paktiren mit den eingeborenen Feinden der englischen Machtstellung gelegen ist. Dennoch fehlt noch gar Vieles, um das Verhältniß zwischen der Colonialregierung und den unabhängigen Afrikander-Republiken in jeder Hinsicht als befriedigend erscheinen zu lassen. Liegen die Ursachen zu Mißhelligkeiten nicht auf politischem Gebiete, so findet sich in der Regel ein anderer Span, der beide Parteien in Athem und Unbehaglichkeit erhält. So wird es gegenwärtig der Transvaal-Republik von englischer Seite höchlichst verübelt, daß sie eine holländische Bank in Pretoria concessionirt hat. Nicht als ob die englischen Bankinstitute am Cap nicht aus eigenen Mitteln, ohne auf das Afrikanderthum angewiesen zu sein, bestehen und prosperiren könnten. Aber der stets rege Argwohn der Anglo-Afrikaner wittert in dem bezüglichen Beschlusse des transvaalschen Volksraad alsbald die Tendenz der Boeren, sich wirthschaftlich von dem englischen Capital zu emancipiren, und bemüht sich, nachzuweisen, daß die Concessionirung einer holländischen Bank ein ganz thörichtes Beginnen sei. Die englische Cap-Presse hält es den Boeren vor, daß Transvaal vorwiegend, wenn nicht ganz und gar, auf britisches Capital und britischen Unternehmungsgeist angewiesen sei, und daß die Wirkung des interimistischen Volksraad-Beschlusses die sein werde, ein Monopol zu Gunsten der holländischen Bank zu schaffen und das britische Capital aus dem Lande zu treiben. Die Consequenzen eines solchen Vorganges werden von den englischen Blättern in den grellsten Farben ausgemalt, ihr Eindruck auf das phlegmatische Temperament der Afrikanders entspricht aber bis jetzt anscheinend nicht im Mindesten den Wünschen der Interessenten.

* Die Botschaft des Präsidenten Cleveland wird fast von allen englischen Blättern in sehr pessimistischem Tone besprochen. Man fürchtet, Canada, wo die Stimmung sehr erbittert ist, werde als Repressalie der Regierung der Unionsstaaten den modus vivendi kündigen. In diesem Falle dürften ernste Reibungen nicht ausgeschlossen sein. Die amerikanischen Maßregeln werden voraussichtlich die Wirkung haben, die Theeeinfuhr über die canadische Pacificeisenbahn zu vermindern und den Güterverkehr auf der Vermont-Centralbahn und der Grand-Trunk-Eisenbahn zu schmälern. Die schlimmste Zeit für Canada dürfte eintreten, wenn das Eis die canadischen Häfen schließt. Ueber etwaige Schritte der britischen Regierung verlautet noch nichts.

Marine.

* Die neue Marine-Akademie in Kiel ist jetzt soweit fertiggestellt, daß, wie bereits kurz erwähnt, Mitte nächsten Monats die Einweihung, und zwar, wie in Marinekreisen mit Bestimmtheit verlautet, in Gegenwart des Kaisers erfolgen wird. Die günstige Lage des Gebäudes, sein gewaltiger Umfang und seine innere wie äußere prächtige Ausführung machen es zu einem der bedeutendsten Bauwerke nicht nur Kiels, sondern unseres gesammten Heimathlandes. Im Mittelbau des Erdgeschosses, an der Alter, liegt der Haupteingang; von diesem gelangt man in den Festsaal und von dort in den an der Wasserseite gelegenen Gartensaal, vor welchem sich eine Terrasse befindet, von der man einen vortrefflichen Rundblick auf den Hafen genießt. Die rechts vom Mittelbau nach der Stadt zu belegenen Räume sind zu Lehrräumen für Torpedowesen bestimmt, während in dem nach Bellevue gelegenen Flügelbau an der Front nach der Wasserseite sich das Officiers- und Cadetten-Casino, die Speisesäle und die Gesellschaftsräume befinden. Im ersten Stockwerk, zu welchem man auf zwei geräumigen Sandsteintreppen und einer sehr breiten mit Marmor belegten Prachttreppe gelangt, befindet sich die Aula, eine größere Festhalle und der Prüfungssaal, Räume für Sammlungen, die Bibliothek und Lesezimmer und die Lehrräume für die Officiere. Eine Treppe verbindet die Gesellschaftsräume des Erdgeschosses mit den Festräumen des Obergeschosses, wo man zunächst in die einen überaus prächtigen Eindruck machende dreischiffige Festhalle mit Säulen aus rothem Stuckmarmor und reichvergoldeten Gliederungen gelangt. Hieran stößt nach dem Hafen zu die mit farbigen Glasfenstern versehene, etwa 20 m lange und 16 m breite Aula, deren Wände durch grüne Stuckmarmorsäulen gegliedert sind, wie überhaupt der ganze prächtige Raum mit seiner schönen Farbenzusammenstellung an Decken und Wänden einen durchaus imponirenden Eindruck macht, welcher noch dadurch erhöht wird, daß an einer Längswand auf dunklen Tafeln mit goldener Schrift die Namen der im Dienste der Marine untergegangenen Officiere verzeichnet sind. Der Aula gegenüber liegt die Bibliothek, der sich geräumige Lesezimmer, Lehr- und Sammlungsräume für den Unterricht in Physik und Chemie sowie größere Räume zur Aufnahme der Sammlungen von Schiffsmodellen aller Art anschließen. Im zweiten Stockwerk sind nach der Landseite Wohnräume und nach der Wasserseite Schlafräume für die Cadetten hergestellt. Die Corridore der Etagen liegen sämmtlich an den Hoffronten. Für möglichste Feuersicherheit ist durch Verwendung von Wellenblech, Betonschüttungen zwischen Decken und Fußböden, die zum Theil aus Mosaik bestehen, u. s. w. bestens gesorgt. Neben dem Hauptgebäude der Marine-Akademie, mitten im Garten liegend, ist ein Dienstwohngebäude für den Director aufgeführt, außerdem soll eine Turnhalle mit entsprechendem Turnplatz für Cadetten hinter dem Chronometer-Observatorium nach der Stadtseite zu und noch ein Bootshafen an der nördlichen Ecke am Wasser hergestellt werden. Wie verlautet, soll die Akademie am 1. October d. J. ihrer Bestimmung übergeben werden.

Die definitive Gestalt des Nord-Ostsee-Canals.

* Man schreibt der „National-Zeitung" aus Kiel, 21. August:

Nachdem nunmehr die nicht unbedeutende Verlegung einer Theilstrecke des Nord-Ostsee-Canals im Gebiete des Bauamts III endgiltig beschlossen ist (das Eintreffen der amtlichen Mittheilung ist hier täglich zu erwarten), dürfte eine gedrängte technische Skizzirung des gesammten Verlaufs, der Maße und der Hauptanlagen des Canals am Platze sein.

Von seiner Elbmündung bei Brunsbüttel an, woselbst das tiefe, für die größten Kriegsschiffe benutzbare Elbfahrwasser hart an das rechte Elbufer herantritt, geht der Canal in nordöstlicher Richtung etwa 20 km weit durch das niedrige, an vielen Stellen noch unter dem zukünftigen Canalwasserspiegel liegende Gebiet der Elbmarsch und der moorigen Niederung des vom Canal zu durchschneidenden Kuden-See's. Sodann steigt das Terrain langsam an, bis es auf der 30 km von der Elbe belegenen Wasserscheide bei Grünthal eine Höhe von 24 m über Normal-Null erreicht, der höchste Punkt des vom Canal überhaupt durchschnittenen Terrains. Sodann senkt sich das Canalgebiet wieder, bis es bei Kilometer 40 das Gebiet der Unterreider erreicht. Bis hierher ist die erste Trace festgestellt.

Während nach dem ursprünglichen Plane der Canal nur bei Rendsburg die hier in einem scharfen Winkel aus ihrer südwestlichen in eine nordwestliche Richtung einbiegende Untereider erreichte, und deren Lauf, unter erheblichen Geradelegungen, bis durch Rendsburg aufwärts verfolgte, wird neuerer Festsetzung zufolge der Canal auf dem linken Ufer (südlich) der Untereider verbleiben und mit dem Flußlauf derselben keinerlei Gemeinschaft haben. Derselbe zweigt bei Oldenbüttel von der alten Linie ab, führt durch das fiscalische Reitmoor, überschreitet die Haale-Au (ein linkes Nebenflüßchen der Eider), geht dann weiter durch den Meckel-See, den nördlichen Theil des Meckel-Moors, überschreitet die Luhnau, führt südlich von Hörsten und Jevenberg vorbei über Schülp nach Westerrönfeld an der Eider (59 km), woselbst eine Verbindung mit der Eider durch eine Schleuse hergestellt wird. Diese Strecke liegt in dem Thal- und Ueberschwemmungsgebiet der Untereider, welche bis Rendsburg hinauf unter dem Einflusse der Fluthbewegungen der Nordsee steht. In der Ausführung findet eine Eindrechung des Canals statt. Von Westerrönfeld an verläßt der Canal dann wieder das Thal der Untereider und führt südlich um Rendsburg herum, die Wehrau, die Chaussee und die Eisenbahn nach Neumünster südlich der Stadt schneidend, dicht am Exercirplatz vorbei auf den durch die Obereider 1½ km östlich (oberhalb) Rendsburgs gebildeten Audorfer See zu, in den der Canal bei dem Gehöfte Nobiskrug eingeführt wird.

Diese nunmehr feststehende Verlegung der Canallinie von Oldenbüttel bis Rendsburg verfolgt einerseits den Zweck, die schwierigen Vorfluthverhältnisse der unter dem Einfluß der Fluthbewegung der Nordsee stehenden Untereider und ihres ausgedehnten Ueberschwemmungsgebietes aus dem Wege zu gehen und die ursprünglich festgesetzte Anlegung eines „Fluthcanals" auf der Nordseite des Nordostseecanals und parallel demselben hier zu vermeiden, andererseits aber auch gewisse vermögensrechtliche resp. Entschädigungsansprüche Rendsburgs hinsichtlich, welchen man aus der eintretenden Senkung des Obereider-Wasserspiegels eine Beeinträchtigung der Wasserversorgung erlitten haben würde; weiter aber hat die südliche Linie den Vortheil, daß sie der Schiffahrt vermöge einer besseren Geradlegung ihrer Trace, als dies bei der Durchführung durch Rendsburg möglich gewesen sein würde, den Verkehr erleichtert. Die Stadt Rendsburg wird im Süden, an der Grenze der sog. Neustadt, durch diejenigen Canal- und Hafenanlagen berührt werden, die hier im Interesse der bereits bestehenden Schiffahrtsverhältnisse neu anzulegen sind, und das hier sehr ebene geräumige Terrain bietet Gelegenheit zur freiesten Entfaltung der entsprechenden Anlagen.

Von dem Audorfer See ab benutzt dann der Nord-Ostsee-Canal unter erheblichen Geradelegungen und Abschneidungen der Krümmungen den jetzt bereits bestehenden Eider-Canal und mündet wie dieser dann bei Holtenau in den Kieler Hafen. Die sämmtlichen 5, zwischen